

Absender:

**Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt**

**15-00140**  
**Antrag (öffentlich)**

Betreff:

**Ausweitung des Probewohnens**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

12.06.2015

Beratungsfolge:

Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Entscheidung)

25.06.2015

Status

Ö

**Beschlussvorschlag:**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit möge beschließen:

„Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit sie die private Wohnungswirtschaft bei einer Ausweitung des Angebotes an Probewohnungen so unterstützen kann, dass perspektivisch mindestens 50 solcher Wohnungen zur Verfügung stehen.“

**Sachverhalt:**

In Braunschweig fehlt bekanntlich bezahlbarer Wohnraum für Menschen mit geringem Budget. Besonders betroffen sind hier Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen auf dem Wohnungsmarkt keine Chancen haben. Diese sind entweder schon wohnungslos oder akut von Wohnungslosigkeit bedroht. Hierunter zählen zusehends auch junge Menschen unter 25 Jahren und neuerdings auch vermehrt junge Frauen.

Derzeit stehen nach Aussage der Verwaltung 16 solcher Wohnungen in Braunschweig zur Verfügung., benötigt werden aber 50 solcher Wohnungen. Aktuell wurde die Problematik fehlender Wohnungen für diese schwierige Gruppe auch im Bündnis für Wohnen thematisiert.

Im Rahmen eines solchen Prüfauftrages möchten wir die Verwaltung insbesondere darum bitten darzustellen, welche konkreten Maßnahmen und Mittel notwendig sind, um die erforderliche Aufstockung auf mindestens 50 Plätze zu erreichen.

Gez.

Annette Schütze  
Ratsfrau  
Fraktion der SPD

Gez.

Jutta Plinke  
Ratsfrau  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Anlage/n:**

keine